

Sehr geehrte Frau Ministerin Stark-Watzinger

Sehr geehrte Frau Ministerin Olschowski,

die aktuelle Lage der Studierenden ist besorgniserregend. Nach nun mehr als zwei Jahren besonderer Belastung durch die Corona-Pandemie, verschärften Energiekrise und steigende Preise die ohnehin schon prekäre Situation von Studierenden. Bereits in den vergangenen Semestern waren laut des statistischen Bundesamtes und paritätischen Gesamtverbandes mehr als ein Drittel aller Studierenden in Deutschland von Armut betroffen oder von dieser gefährdet.<sup>1</sup>

Die seit dem Sommer vergangenen Jahres grassierende Inflation wird diese Zahl sicherlich weiter in die Höhe getrieben haben. Neben den Sorgen um Krieg und den Nachwirkungen der Corona-Pandemie stehen wir und viele unserer Kommiliton\*innen seit Herbst nun zusätzlich vor existenziellen Fragen.

Wir fühlen uns zunehmend von der Landes- und Bundespolitik im Stich gelassen. Während viele Studierendenwerke die Preise von Wohnheimen und Mensen erhöhen und der freie Wohnungsmarkt ohnehin schon seit Jahren explodiert, warten wir sehnlichst auf die notwendige Unterstützung durch die Politik und die Auszahlung der vor Monaten angekündigten 200€-Energiepreispause. Auch die jüngsten BAföG-Änderungen wirken nur geringfügig den zusätzlichen Belastungen entgegen, was bereits in den parlamentarischen Beratungen hervorgehoben wurde.<sup>2</sup> Insbesondere sind die Bedarfssätze immer noch zu niedrig.

Die angespannte Finanzsituation der Hochschulen und Universitäten verschärft die Situation der Studierenden zusätzlich. In Freiburg nahm die Universität erst nach langen Diskussionen eine vorzeitig beschlossene Schließung der Hochschulgebäude in diesem Wintersemester zurück. Anderenorts ruhte der Lehrbetrieb in Präsenz gar vollständig. Die Tatsache, dass sich Hochschulen und Universitäten durch die Krise gezwungen sehen, ihre Kernaufgabe der Lehre zeitweilig einzustellen, ist ein Armutszeugnis und Ausdruck der besonderen Härte der aktuellen Lage.

Wir wünschen uns daher eine umfassende und schnelle Hilfe durch die Landes- und Bundespolitik. Andere Bundesländer, wie etwa Niedersachsen, unterstützen die Studierendenwerke mit mehreren Millionen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern bekommen die Hochschulen und Studierendenwerke 7,13 Millionen Euro als Unterstützung in dieser Krise.

In Baden-Württemberg sehen sich die Studierendenwerke gezwungen die Mehrkosten aktuell an die Studierenden durchzureichen. Auch die Lage am Wohnungsmarkt bedarf dringender

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studierende-armutsgefaehrdet-101.html>  
<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/armut-im-studium-30-prozent-aller-studierenden-leben-in-armut/>

<sup>2</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw20-pa-bildung-bafoeg-893306>

Maßnahmen, um Studierenden, aber auch anderen von Armut betroffenen Menschen bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Bereits in der Corona-Pandemie wurden wir nur nachrangig von der Politik berücksichtigt. Wir fordern ein klares politisches Signal und konkrete Handlungen!

Auch im Hinblick auf die 200€-Energiepreispauschale ist eine unverzügliche Auszahlung erforderlich. Lebensmittelpreise und Mietkostenabrechnung steigen weiter und warten nicht darauf, dass Unterstützungsgelder endlich auf den leeren Konten der Studierenden eingetroffen sind. Das BAföG muss dringend den veränderten Lebensrealitäten von Studierenden angepasst und umfassend ausgeweitet werden. Wir brauchen funktionierende Notfallmechanismen und eine angemessene finanzielle Ausstattung für die Lehre an unseren Hochschulen und Universitäten.

Angesichts der aktuellen Lage darf es nicht passieren, dass Studierende wegen leerer Geldbeutel ihr Studium aussetzen oder gar abbrechen müssen.

Wir setzen auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Studierendenrat der Universität Freiburg